

AGDF Aktuell

Mitgliederrundbrief
Nr. 193 Juli 2017



Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V.
Action Committee Service for Peace - Comité d'Action Service pour la Paix

*Moin, moin,
liebe Freundinnen und Freunde,*
die Berliner Politik geht zunehmend in einen Wahlkampfmodus. SPD, Linke und Grüne haben (Grundzüge) ihre(r) Wahlprogramme vorgelegt, verschiedene Verbände und Netzwerke haben „Wahlprüfsteine“ oder „Fragen an Kandidat/innen“ zu verschiedenen Themen zusammengestellt.

Ich würde mir sehr wünschen, wenn „Friedenthemen“ mit in die öffentliche Diskussion kämen. So ist durchaus lesenswert, was die SPD in Sachen Abrüstung oder Rekrutierung Minderjähriger in ihr Programm aufgenommen hat. Gleiches gilt natürlich auch für die anderen Parteien. Es ist unwahrscheinlich, dass die neue Bundesregierung in Sachen nukleare Teilhabe, (Auslandseinsätze der) Bundeswehr, Verteidigungshaushalt und Rüstungsexporte radikal umsteuert, aber es gibt durchaus relevante Unterschiede, die wir nach Möglichkeit in die Öffentlichkeit transportieren sollten. So ist es dringend geboten, gegen den Trend zur Aufrüstung auf den verschiedenen Ebenen Widerstand zu leisten. Ob auf Ebene der EU, der NATO-Staaten oder Deutschlands.

Viel Erfolg und Spaß bei und neben der Arbeit wünscht Ihnen und Euch auch im Namen der Geschäftsstelle.
Schalom

Jan Gildemeister

NACHRICHTEN AUS DEM DACHVERBAND

Vorstand

Der Vorstand hat im Rahmen seiner Sitzung am 13./14. Juni ein gutes Gespräch mit der EKD-Ratsbeauftragten für Freiwilligendienste geführt, Bilanz zu den Kirchentagen gezogen und die anstehende MV vorbereitet.

Mitgliederversammlung

Die Einladung zur Mitgliederversammlung am 29./30. September in Naunhof bei Leipzig wird im Juli verschickt.

Fachbereichssitzungen

Die Fachbereiche treffen sich im Vorfeld der MV am 27./28. September in Naunhof.

ÖKUMENISCHE FRIEDENSARBEIT

Handreichung für Kirchengemeinden zur Friedensdekade 2017

12.-22. November 2017

Motto: Streit

Ab sofort [online](#) bestellbar.

Bekennen Mein Name ist Mensch Augsburger Hohes Friedensfest 6. August 2017

Wie jedes Jahr seit 1650 feiert Augsburg sein Hohes Friedensfest am 6. August. Das ist 2017 ein Dienstag. Augsburg genießt den zusätzlichen Feiertag. Thema ist passend zum Reformationsjubiläum „Bekennen“. Untertitel: Mein Name ist Mensch. Ein Motto von Rio Reiser, 1971 Frontmann der Band „Ton, Steine, Scher-

ben“. Das [Programmheft](#) ist als pdf abrufbar.

Infos: <http://www.friedensstadt-augsburg.de>

Ein radikaler und konsequenter Aufruf für den Frieden: Das „Magdeburger Friedensmanifest“

Pressemitteilung der evangelischen Friedensarbeit im Raum der EKD

Erste Grundlagen bereits im Vorfeld des Kirchentags durch viele Thesen und Anregungen entstanden, wurde das eigentliche Manifest beim Kirchentag auf dem Weg in Magdeburg in einer Friedenswerkstatt erarbeitet. Von Vertretern christlicher und nichtchristlicher Friedensverbände wie beispielsweise der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF), der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK), dem Friedenskreis Halle, dem Forum Friedensethik der Evangelischen Landeskirche in Baden, Vertretern der Friedensarbeit in den Landeskirchen der EKD, Menschen aus der Friedensarbeit in Gemeinden und Kreisen, der Friedensbewegung oder Friedensgruppen. Gemeinsam wurden die Thesen ausgearbeitet, immer wieder auch von Anregungen aus Berlin vom dortigen Deutschen Evangelischen Kirchentag bereichert, die beim Stand der evangelischen Friedensarbeit auf dem Markt der Möglichkeiten gesammelt wurden.

Vom Kirchentag in Magdeburg, wo das Papier verlesen wurde, fand das Manifest seinen Weg nach Wittenberg in den Lutherhof. Den historischen Ort, wo vor 34 Jahren auf Initiative des damaligen Wittenberger Pfarrers Friedrich Schorlemmer bereits ein Schwert zur Pflugschar umgeschmiedet wurde. Und nun soll das Friedensmanifest seinen Weg weitergehen. In die Gemeinden, in die Kirchen, in die EKD. ...

In mehreren Thesen erhebt das Friedensmanifest seine Stimme für einen Weg zur Gewaltlosigkeit. So wird ein christlicher Pazifismus vertreten, der konsequent auf Gewalt verzichtet und für eine Kultur der Gewaltfreiheit bei Fragen der Konflikt-

lösung und des eigenen praktischen Friedenshandelns eintritt. Politische Konflikte könnten nicht militärisch gelöst werden, daher müsse der Weg wegführen vom Vertrauen auf militärische Stärke, Abschreckung und Abschottung hinzu einer krisenpräventiven, friedens- und gerechtigkeitsfördernden Politik mit einem Vorrang für zivile Ansätze. Darum fordert das Manifest auf, dass künftig eine Friedenslogik statt militärischer Sicherheitslogik das Leitbild der EKD prägen soll....

Infos: [PM Ev. Friedensarbeit](#) und [download Magdeburger Friedensmanifest](#)

Europäisches Netzwerk Church and Peace gegen Paradigmenwechsel der Europäischen Union vom Projekt für Versöhnung und Frieden hin zur Militarisierung

Zivile Instrumente stärken - statt EU-Gelder in Waffen und Militär investieren
Schöffengrund, 14. Juni 2017

Mit entschiedenem Widerspruch reagiert die Mitgliederversammlung von Church and Peace bei ihrer Jahresversammlung vom 9. - 11.06.2017 in Straßburg auf die Vorschläge der EU-Kommission vom 7. Juni. Diese hat eine Mitteilung zu einem neuen europäischen Rüstungsfonds, einen Vorschlag für eine Verordnung zur finanziellen Unterstützung der europäischen Rüstungsindustrie und ein Reflexionspapier mit möglichen Zukunftsszenarien vorgelegt. Statt etwa die nationalen Rüstungsprojekte aufeinander abzustimmen und damit erhebliche Gelder einzusparen, sollen laut der Kommission Gelder aus dem laufenden, bislang zivilen EU-Haushalt investiert werden...

Infos: [vollständige Pressemitteilung von Church and Peace](#)

POLITISCHE AKTIONEN

JuristInnenbrief zur Abschaffung von Kernwaffen

Begleitet von einem Stillschweigen in den deutschen Medien und deshalb nahezu unbemerkt von der deutschen Öffentlichkeit findet derzeit bei den Vereinten Nationen in New York eine von 134 Staaten

geführte Konferenz statt, in der ein Atomwaffenverbotsvertrag mit dem Ziel der Abschaffung aller Atomwaffen verhandelt wird. Seit der Verabschiedung des Nichtverbreitungsvertrags im Jahr 1968 ist dies die wichtigste Staateninitiative zur nuklearen Abrüstung.

Nach einer ersten Verhandlungsrunde im März steht in der Zeit vom 15. Juni bis 7. Juli 2017 die zweite Konferenzrunde an. Das Verhandlungsergebnis der ersten Runde – ein überarbeiteter Vertragsentwurf als Grundlage der Fortsetzung der Beratung in der zweiten Verhandlungsrunde - liegt inzwischen vor. In dem Diskussionsprozess konnte IALANA International durch sein Verbindungsbüro bei den Vereinten Nationen in New York mit eigenen Formulierungsbeiträgen eine erfreuliche und anerkannte Rolle spielen. Allerdings finden die Verhandlungen ohne Beteiligung Deutschlands statt. Die NATO – Staaten mit Ausnahme der Niederlande boykottieren die Verhandlungen. Dabei hatten Christdemokraten und Sozialdemokraten in einer einmütigen Entschlie- ßung fast aller politischen Kräfte am 27. Oktober 2016 im Europaparlament alle Mitgliedstaaten der EU dazu aufgerufen, die von der Generalversammlung der Vereinten Nationen beschlossene Konferenz zu unterstützen und sich konstruktiv daran zu beteiligen (Nukleare Sicherheit und Nichtverbreitung von Kernwaffen – Entschließung des Europäischen Parlaments vom 27. Oktober 2016 zur nuklearen Sicherheit und Nichtverbreitung von Kernwaffen 2016/2936(RSP)). Die Bundesregierung folgt aber bislang offenbar einer Demarche der Regierung der USA an alle Mitglieder der NATO, in der diese dringend dazu aufgerufen werden, der Konferenz fern zu bleiben. IALANA Deutschland hat dies in der Neuauflage der Erklärung „Atomzeitalter beenden“ ausführlich dokumentiert.

IALANA ruft dazu auf, den Juristenaufwurf zur Unterstützung des Verhandlungsprozesses zu unterzeichnen. IALANA möchte damit zugleich öffentlich zum Ausdruck bringen, dass die Haltung der Bundesregierung Widerspruch in der deutschen

Zivilgesellschaft findet und dringend der Korrektur bedarf. Deutschland darf in diesen Verhandlungen nicht im Abseits stehen. Deutschland muss vielmehr zu den ersten Signatarstaaten gehören des Atomwaffenverbotsvertrags!

Infos: [IALANA JuristInnenbrief](#)

"Vielfalt verbindet." – Die bundesweite Interkulturelle Woche 2017

24. bis zum 30. September 2017

Deutschlandweit sind mehr als 5.000 Veranstaltungen an über 500 Orten geplant, um ein Zeichen für eine offene und tolerante Gesellschaft zu setzen. Der Tag des Flüchtlings findet bundesweit am 29. September 2017 statt. Er steht unter dem Motto „Flüchtlingsrechte sind Menschenrechte“.

Infos: [Bündnis für Demokratie und Toleranz-IKW](#) und [Interkulturelle Woche 2017](#)

TAGUNGEN UND KONGRESSE

Frieden geht! Staffellauf 2018 gegen Rüstungsexporte

Am **16. Juni 2017** in **Frankfurt/Main**

Multiplikatoren-Konferenz "Frieden geht! Staffellauf 2018 gegen Rüstungsexporte" (von Oberndorf über Kassel nach Berlin , von 21.05.-02.06.2018), 11-16.30 Uhr, DGB Haus, Wilhelm-Leuschner-Str.69-77, Kosten: 10 EUR, VA: RüstungsInformationsBüro e.V. Freiburg, Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel, Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK)-Baden-Württemberg und Bundesverband, Pax Christi Freiburg, Attac Bundesverband, Evangelische Landeskirche Baden

Infos: [Einladung und Programm](#)

Galtung-Institut Sommerakademie - Friedentheorie und Friedenspraxis (GISA 2017)

7. - 13. August 2017 in **Grenzach-Wyhlen**

Die einwöchige Veranstaltung findet auf Englisch statt.

Kursleiter sind Prof. Johan Galtung (Begründer der akademischen Friedensfor-

schung und Präsident des G-I), Prof. Kees van der Veer (Psychologe und Direktor der Cultural Studies Foundation in Amsterdam) und Prof. Paul Scott (Politikwissenschaftler und Historiker für Europäische und Asiatische Geschichte). Schwerpunktthemen der einwöchigen Veranstaltung werden sein: (1) Techniken der Konflikttransformation und der angewandten Friedensentwicklung, (2) Diagnose, Prognose und Lösungsansätze zur Überwindung der gegenwärtigen Europäisch-Russische Polarisierung, (3), Demokratische Bearbeitungsoptionen des Rechtspopulismus sowie (4) Psychologische Einblicke und Erkenntnisse zur Bearbeitung und Bearbeitbarkeit von Konfliktdynamiken.

Infos: <https://www.galtung-institut.de/de/training/>

Forum „Gegen den Hass – Die Kirchen in der Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus“

29. / 30. September 2017 in Magdeburg

In Deutschland hat sich eine neue rechte Bewegung etabliert. Sie verbindet Rassismus mit antidemokratischen Ressentiments und ist anschlussfähig in die Mitte der Gesellschaft. Die Wahlerfolge der AfD im gesamten Bundesgebiet sind dafür ebenso Beleg, wie die anhaltende Präsenz von PEGIDA und ihre Ableger. Ein Blick in unsere Nachbarländer zeigt, dass rechtspopulistische Akteure manchmal sogar mehrheitsfähig sind. Überall stehen Parteien der demokratischen Mitte in der Gefahr, einfachen und populistischen Mustern und Politikangeboten zu verfallen und damit rechtspopulistische Positionen zu verstärken. Für die Kirchen und ihre Wohlfahrtsverbände stellt diese gesellschaftliche Situation eine große Herausforderung dar: Die Ziele der Neuen Rechten stehen in direktem Widerspruch zu kirchlichem und zivilgesellschaftlichem Engagement für geflüchtete Menschen und für eine offene Gesellschaft. Gleichzeitig finden vermehrt Angriffe auf Geflüchtete und ihre Unterkünfte statt. Zunehmend sind dabei auch Unterstützer*innen der Geflüchteten einer von Hass

geprägten gesellschaftlichen Stimmung ausgesetzt. Das Forum der BAG K+R soll kurz nach der Bundestagswahl 2017 einen überregional vernehmbaren Kontrapunkt zu rechtspopulistischen Positionen setzen.

Infos: [Programm](#)

Konferenz „Selbstbestimmte Entwicklung. Ökologische Krisen. Migration“

Am 06. - 08. Oktober 2017 in Leipzig

Die aktuellen Fluchtbewegungen zeigen: Ein gutes Leben ist in vielen Teilen der Welt nicht möglich. Gewalt, Armut und Perspektivlosigkeit bringen Menschen dazu, ihre Heimat auf Zeit oder dauerhaft zu verlassen, um an anderen Orten eine Perspektive für sich zu finden. Wie können wir dazu beitragen, dass alle Menschen, wo auch immer sie leben wollen, ein gutes Leben haben können? Und wie kann dies selbstbestimmt geschehen und ohne, dass anderen Menschen oder Gesellschaften ein bestimmter Entwicklungspfad vorgegeben wird? Zu diesen Fragen wollen wir eine Konferenz veranstalten.

Die Konferenz ist für Akteur_innen und Expert_innen aus afrikanischen Staaten, Geflüchtete, Migrant_innen und Aktivist_innen aus dem globalen Norden und dem globalen Süden gedacht.

Konzipiert und organisiert wird die Konferenz von einem basisdemokratischen Vorbereitungskreis.

Fragen bitte an l.lierke@knoe.org

Infos: [Programm konzeptwerk neue ökonomie](#)

Die NATO Garant für unsere Sicherheit oder Relikt des Kalten Krieges?

Vom 01. - 03. November 2017 in der Akademie Frankenwarte in Würzburg

Syrien, Afghanistan, IS, Ukraine und ein Bruch mit der Türkei? Die Herausforderungen sind groß und auch die NATO sucht Antworten auf die Krisenherde. Im Seminar stellen wir uns die Frage: Strategische Interessen, gemeinsame Werte, militärische Machtpotentiale - welche Zukunft hat das Bündnis, braucht es heutzutage noch die selbsternannte „Weltpolizei“

oder könnten gemeinsame europäische Streitkräfte eine Alternative darstellen?

Anerkannt/anererkennungsfähig als Bildungsurlaub in den Bundesländern Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Thüringen auf Anfrage.

Infos: [Programm und Anmeldung](#)

Ideologie der Gewalt Hat der internationale Terrorismus eine neue Dimension erreicht?

Vom **13. - 17. November 2017** in der Akademie Frankenwarte in **Würzburg**

Es vergeht kaum ein Tag, an dem die Medien nicht von Aktivitäten von Terrorismus-Organisationen aus der ganzen Welt berichten. Was Früher vermeintlich weit entfernt und jenseits der westlichen Gesellschaft war, ist mittlerweile bei uns angekommen. Internationale Terrororganisationen nutzen moderne Kommunikationsmittel, um sich und ihre Ideen weltweit im Internet zu streuen. Wie wollen wir zukünftig diesen Gefahren trotzen? Im Seminar soll die Entstehung und Entwicklung von Terrorismus auf regionaler und internationaler Ebene und die internationalen Konsequenzen, aber auch die Folgen vor Ort diskutiert werden.

Anerkannt/anererkennungsfähig als Bildungsurlaub in den Bundesländern Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Thüringen auf Anfrage.

Infos: [Programm und Anmeldung](#)

Weltfriedenstreffen mit Prominenz aus Politik und Religion

Katholische Bischöfe rufen zum Dialog auf

Osnabrück/Münster (epd). Hochrangige Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sowie Repräsentanten von Kirchen und Religionen aus aller Welt werden sich vom 10. bis 12. September in Münster und Osnabrück zu einem internationalen Friedenstreffen versammeln. Dort

wollen sie auf Einladung der katholischen Gemeinschaft von Sant Egidio gemeinsam in Diskussionen und im Gebet für den Frieden in der Welt eintreten, kündigte Cesare Zucconi, Generalsekretär der Gemeinschaft, am Donnerstag in Osnabrück an.

In einer zersplitterten Welt voller Krieg, Terror und religiöser Fundamentalismen sei der Dialog zwischen Religionen und Kulturen "der einzige Weg zum Frieden", betonte Zucconi. In den beiden benachbarten Städten Münster und Osnabrück wurde 1648 der Westfälische Frieden geschlossen, der den Dreißigjährigen Krieg beendete.

An der Eröffnung des Treffens in Münster wird den Angaben zufolge auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) teilnehmen. Zudem werden der Präsident des Europaparlaments, Antonio Tajani, der Präsident des afrikanischen Staates Niger, Mahamadou Issoufou, und einer der wichtigsten Vertreter der islamischen Sunniten, der ägyptische Groß-Imam Ahmad Mohammad al-Tayyeb, erwartet. Insgesamt rechnen die Veranstalter mit mehreren Tausend Teilnehmer an allen drei Tagen.

Der Bischof von Münster, Felix Genn, betonte, ein solches Treffen sei selten notwendiger und wichtiger gewesen: "Nie war meine Sorge um den Weltfrieden so groß wie heute." Krieg sei immer eine "Bankrott-Erklärung". Deshalb müssten Christen gemeinsam ihre Stimme dagegen erheben. Der Osnabrücker Bischof Franz-Josef Bode rief dazu auf, "den Netzwerken des Hasses ein großes Netzwerk des Friedens, der Liebe und des Dialogs entgegenzusetzen". Er erwarte von der Begegnung keine sofortige Veränderung der Weltfriedenslage. "Aber wir müssen immer wieder zeigen, dass Religionen Frieden stiften und nicht Krieg."

Nach der offiziellen Eröffnungszeremonie am 10. September in Münster werden dort an den folgenden beiden Tagen Diskussionsforen etwa zu Themen wie Umwelt, Migration, Terrorismus und Menschenhandel angeboten. Die Abschlusszeremonie mit Gebeten der Religionen und Ge-

meinschaften soll am Abend des 12. September in Osnabrück stattfinden. Dort sollen Kinder eine gemeinsame Friedensbotschaft an Vertreter der Politik überreichen. Die Bewegung Sant Egidio entstand 1968 in Rom auf Initiative des Universitätsprofessors und Historikers Andrea Riccardi. Sie widmet sich nach eigenen Angaben der karitativen Arbeit, der Diplomatie in Bürgerkriegsgebieten und dem Dialog der Religionen. Sie ist heute in mehr als 70 Ländern präsent und veranstaltet jährliche Weltfriedenstreffen. In diesem Jahr ist die Zusammenkunft zum dritten Mal in Deutschland nach 2003 in Aachen und 2011 in München.

POLITISCHE BILDUNG UND QUALIFIZIERUNG

„Konflikte als Chance – Gelingende Beziehungen gestalten“

Berufsbegleitende Fortbildung in ziviler, gewaltfreier Konfliktbearbeitung

Januar – Mai 2018, gewaltfrei handeln e.V.

Ziele und Inhalte:

Konflikte entstehen überall da, wo Menschen zusammenkommen. Die Chance auf eine positive und wertschätzende Begegnung liegt darin, sich mit diesen Konflikten auseinanderzusetzen.

Wenn Sie Konflikte als Chance begreifen wollen und Stärkung suchen für Konflikte im privaten und beruflichen Bereich, dann bietet Ihnen diese Fortbildung hierzu die Möglichkeit.

Viele Teilnehmer*innen finden im Rahmen dieser Fortbildung **Stärkung** und neue Akzente **für ihr Engagement im sozialen, ökologischen und gesellschaftlichen Bereich.**

Dieser Kurs stärkt ihre Wahrnehmung für das eigene Kommunikations- und Konfliktverhalten, bietet ein Kennenlernen von Ursachen und Formen von Aggression und Gewalt, schafft Raum für das Arbeiten mit der eigenen Konfliktbereitschaft und für das Ausprobieren von gewaltfreien Formen des Umgangs mit Unrecht und Gewalt. Wir werden gemeinsam Konflikt-

analyse und Konfliktbearbeitung anhand von Fallbeispielen einüben. Durch Rollenspiele und Theatertechniken wird diese Grundlage vertieft werden. Neben dem Kennenlernen von Grundlagen und Techniken konstruktiven, gewaltfreien Gesprächsverhaltens, werden deeskalierendes und konstruktives Eingreifen in Gewaltsituationen eingeübt. Wir werden uns über Spiritualität und Visionen der Gewaltfreiheit austauschen.

Infos: [Programm Fortbildung](#)

Practitioner Trainings - For Nonviolent Conflict Transformation

Kurve Wustrow - Centre for Training and Networking in Nonviolent Action

Next training series: 09.10.-17.11.2017

We offer 5-day practitioner trainings on the following topics, held in English language. They are aimed at practitioners, who are active in the area of civil conflict transformation. They serve to deepen existing knowledge and are strongly tailored to the specific needs of the participants. For all offers contact: Jessica Belke [training\(at\)kurviewustrow.org](mailto:training(at)kurviewustrow.org)

Infos: [Flyer](#) und

https://www.kurviewustrow.org/?page_id=2046&lang=en

PUBLIKATIONEN

Pädagogik des Widerstands Impulse für eine politisch- pädagogische Friedensarbeit

Friedenspädagogik wird als eine Pädagogik des Widerstands gegen organisierten Unfrieden begriffen. Im Zentrum steht die Kritik des Systems gesellschaftlicher Friedlosigkeit und seiner Rechtfertigung. Friedenspädagogik reflektiert die Grundlagen einer pädagogischen Friedensarbeit unter den Bedingungen des Unfriedens. Ihr zentraler Bezugspunkt ist die Friedlosigkeit, die strukturell in den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen verankert ist. Dieses System gesellschaftlicher Friedlosigkeit, das in innergesellschaftlichem Unfrieden wie in einer Politik der Abschreckung, der Kriegsdrohung und des Militärinterventionismus zum Aus-

druck kommt, gilt es auch auf pädagogischem Wege zu bekämpfen. Die vorliegende Rahmenkonzeption knüpft an die Modelle einer kritischen Friedenserziehung der 1970er Jahre an und führt diese weiter. Ziel einer kritischen Friedenspädagogik ist es, die Ursachen von Friedlosigkeit offenzulegen und ihre Rechtfertigungsmuster außer Kraft zu setzen.

Autor: Armin Bernhard, S. 246, Beltz Juventa Verlag, Mai 2017

Infos: [zur Publikation](#)

Bildungsmaterialien des Projekts "Globaler Frieden goes Mainstream"

In Bildungsprojekt "Globaler Frieden Goes Mainstream" des Bundes für Soziale Verteilung geht es um Zivile Konfliktbearbeitung.

Wie können Konflikte gewaltfrei gelöst werden? Was ist unter Konflikttransformation, Versöhnung, Zivilem Peacekeeping und Transitional Justice zu verstehen? Wie effektiv können gewaltfreie Methoden sein, um unsere Zukunft zu gestalten? Was können wir tun, um zur Demilitarisierung unserer Gesellschaft beizutragen?

Diese und weitere Fragen werden in unserem [Kurzfilm](#) über Zivile Konfliktbearbeitung, unserem [Comic](#) und unserem [Flyer](#) angerissen.

Es können der [Comic hier](#) und der [Flyer hier](#) bestellt werden.

Um noch tiefer in das Thema einzusteigen kann gerne unser*e Bildungsreferent*in zu einem **Vortrag**, einem **Workshop** oder einem **Planspiel** eingeladen werden.

Infos: [BSV Think Peace Bildungsmaterialien](#)

Friedensgutachten 2017 vorgestellt

Das Friedensgutachten ist das gemeinsame Jahrbuch der Institute für Friedens- und Konfliktforschung in der Bundesrepublik. Es erscheint seit 1987. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus verschiedenen Disziplinen untersuchen die internationale Konfliktrealität aus friedensstrategischer Perspektive. Sie zieht Bilanz, pointiert die Ergebnisse und formuliert Empfehlungen für die Friedens- und Sicherheitspolitik in Deutschland und Europa. Das Friedensgutachten erscheint in

diesem Jahr mit der Leitfrage "Wie lässt sich Gewalt bändigen, wenn die kooperative Weltordnung zerfällt?"

Infos: www.friedensgutachten.de

Neue Studie: Gegenseitigkeit und Kooperation in internationalen Freiwilligendiensten

In internationalen Freiwilligendienst-Programmen begegnen sich zahlreiche unterschiedliche Akteure und arbeiten zusammen. Dazu zählen Entsende- und Partnerorganisationen, Freiwillige und Fördergeber aber auch Gastfamilien, die lokale Bevölkerung, Einsatzstellen etc. Wie kann gute, auf Gegenseitigkeit beruhende, Kooperation in solchen komplexen Settings wie den deutschen internationalen Freiwilligendiensten gelingen? Diesen Fragen geht die Studie im Auftrag des Arbeitskreis "Lernen und Helfen in Übersee" e.V. (AKLHÜ) nach. Die Ergebnisse werden am 4. September 2017 in der Geschäftsstelle des AKLHÜ in Bonn präsentiert. Anmeldungen an:

weltoffen@entwicklungsdienst.de

Infos: <https://www.weltoffen.de/weltoffen-netzwerkwohne/>

So schaffen wir das – eine Zivilgesellschaft im Aufbruch, 90 wegweisende Projekte mit Geflüchteten

Werner Schiffauer, Anne Eilert, Marlene Rudloff (Hg.)

Flüchtlinge in Deutschland: 2015 war der Sommer der Projekte. Im Umgang mit den durch Zuwanderung gegebenen Herausforderungen erwies sich die Zivilgesellschaft als außerordentlich kreativ und stellte sich neu auf. Jetzt ist es Zeit, Bilanz zu ziehen: Was hat sich bewährt, wo und wie konnte Nachhaltigkeit hergestellt werden? Welche Rolle spielte dabei ein gelingendes Zusammenwirken von Politik, Verwaltung und zivilgesellschaftlichen Akteuren?

Der Band fragt aber auch nach den Gründen für gescheiterte Projekte: Wo und warum konnte das Engagement nicht durchgehalten werden? Zudem werden die Herausforderungen diskutiert, die sich an-

gesichts des zunehmenden Drucks von rechts stellen.

Infos: [Buchbesprechung](#)

Militärstützpunkte am Mittelmeer: Kriegslogistik, Machtpolitik und Widerstand

Aus der Reihe "Informationen zu Politik und Gesellschaft", Sabine Lösing (Hrsg.), Jacqueline Andres

Militärbasen sind auch heute noch die unverzichtbare „materielle Grundlage“ imperialistischer Kriegsführung, wie in dieser Broschüre herausgearbeitet wird. Schon vor einigen Jahren schrieb der Aktivist Wilbert van der Zeijden: „Militärbasen sind das Rückgrat der militärischen Apparate der Vereinigten Staaten, der NATO sowie der Europäischen Union. Sie dienen dem Zweck, Regierungen entweder direkt auf dem Schlachtfeld zu stürzen oder sie stellen die offensichtlichen Muskeln bereit, um Druck am Verhandlungstisch auszuüben. Es ist nicht verwunderlich, dass das globale Netzwerk der Militärbasen von allen Ländern, die sich nicht auf die Seite der USA oder der NATO schlagen, als Gefahr für ihre nationale Sicherheit betrachtet wird. Russland, China und viele andere Länder fühlen sich teilweise hierdurch gedrängt, ihrerseits zu antworten, was zu einem kontinuierlichen Rüstungswettlauf führt.“ Um die inzwischen schier unüberschaubare Menge an Militärbasen auf ein bearbeitbares Maß zu reduzieren, konzentriert sich diese Broschüre auf einige der wichtigsten Einrichtungen in EU-Ländern am Mittelmeer.

Die Printversion kann kostenlos im Eurobüro in Hannover bestellt werden: hannover@sabine-loesing.de

Infos: [zur Publikation](#)

**ERKLÄRUNGEN UND
STELLUNGNAHMEN**

Über Jahrzehnte hinweg die Friedensarbeit maßgeblich geprägt“ - Langjähriger AGDF-Geschäftsführer Ulrich Frey wird 80 Jahre alt

Pressemitteilung der AGDF

Die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) hat Ulrich Frey als einen Menschen gewürdigt, der sich große Verdienste um die Sache des Friedens in der Kirche und der Gesellschaft erworben hat. „Über viele Jahrzehnte hat Ulrich Frey die christliche Friedensarbeit maßgeblich mitgeprägt und er setzt sich auch heute noch unermüdlich für die Sache des Friedens ein“, unterstrich AGDF-Vorsitzender Horst Scheffler. Der langjährige AGDF-Geschäftsführer feiert am 3. Juni seinen 80. Geburtstag.

Ulrich Frey arbeitete nach seinem Jura-Studium zwei Jahre als Geschäftsführer des internationalen christlichen Friedensdienstes EIRENE, danach war er von 1972 bis 2000 Geschäftsführer des evangelischen Friedensverbandes AGDF. In seine Geschäftsführer-Zeit fiel der Aus- und Aufbau der christlichen Friedens- und Freiwilligendienste, die Entwicklung und Umsetzung von Konzepten ziviler Konfliktbearbeitung, aber auch die friedensethische Positionierung in Kirche und Gesellschaft. Ulrich Frey gehörte zu den maßgeblichen Organisatoren der ersten großen Friedensdemonstration im Oktober 1981 in Bonn. Er war Mitgründer der Association of Voluntary Service Organisations (AVSO), er wirkte beim Konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung mit, gehörte vielen kirchlichen und staatlichen Gremien an und war und ist ein gefragter Ansprechpartner und Ratgeber für Kirchen, Verwaltungen und gesellschaftliche Organisationen. Aus seiner Feder stammen zudem zahlreiche Aufsätze und Beiträge zur Friedenspolitik, der Friedensethik und der Friedensbewegung.

Am Herzen lag ihm der Deutsche Evangelische Kirchentag, dessen Präsidialver-

sammlung er längere Zeit angehörte. Beim Kirchentag 1981 in Hamburg war Ulrich Frey maßgeblich daran beteiligt, dass sich die Friedensbewegung in ihrem Protest gegen den NATO-Doppelbeschluss vernetzte und gemeinsam den Widerstand gegen die atomare Aufrüstung in West und Ost organisierte. Auch beim diesjährigen Kirchentag auf dem Weg in Magdeburg gehörte er wieder zu den Mitwirkenden.

„Was die AGDF seit 1972 beschäftigt und umgetrieben, was sie bewegt und angestoßen hat, ist ohne Ulrich Frey nur schwerlich zu denken“, betont der Vorsitzende des evangelischen Friedensverbandes.

Infos: [PM AGDF](#)

Broschüre: „Militärstützpunkte am Mittelmeer“

Die Broschüre „Militärstützpunkte am Mittelmeer: Kriegslogistik, Machtpolitik und Widerstand“ aus der Reihe „Informationen zu Politik und Gesellschaft“ (Nr. 13, Juni 2017) ist in Kooperation mit der Europaabgeordneten Sabine Lösing erschienen und kann hier heruntergeladen werden:

> [download/Nr.13_2017_Militaerstuetzpunkte am Mittelmeer](#)

Durch diese Zusammenarbeit kann die Printversion – gerne auch in größerer Stückzahl – kostenlos im Europabüro in Hannover via E-Mail bestellt werden: hannover@sabine-loesing.de oder postalisch bei Europabüro Sabine Lösing; Gosseriede 8; 30159 Hannover.

Friedensbildung stärken statt Gewaltdenken fördern!

pax christi und Internationaler Versöhnungsbund fordern „Tag der Friedensbildung“

Angesichts zunehmender zwischenstaatlicher und innerstaatlicher Konflikte fordert die pax christi-Kommission Friedensbildung gemeinsam mit dem deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes eine deutliche Stärkung der Friedensbildung in Schulen und außerschulischen Einrichtungen sowie der internatio-

nen Zusammenarbeit - durch Friedensdienste, Projekte für Gewaltprävention und Friedensförderung.

Die Bundeswehr hat am 10. Juni wieder an verschiedenen Standorten den „Tag der Bundeswehr“ durchgeführt. Die Bundeswehr bietet diesmal unter dem Motto „Willkommen Neugier“ „den Besuchern ein abwechslungsreiches Programm mit Truppe und Technik, Mitmachaktionen und Information, Militärmusik und Spitzensport“, so das Bundesministerium der Verteidigung in seinem aktuellen Portal.

„Diese Form der Werbung leugnet das Scheitern der militärischen Einsätze der letzten Jahre und ihre Opfer. Sie stellt die Bundeswehr als ein modernes Unternehmen wie jedes andere dar und verharmlost das Töten und Sterben beim Soldatsein als eine Mischung aus Gemeinschaft, Technik und Spaß“, kritisiert Achim Schmitz, Sprecher der Kommission Friedensbildung im Deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes.

„Es ist reine Ideologie, dass Gewalt einen nachhaltigen Beitrag zum Frieden leisten könne“, betont Peter Heim, der Sprecher der pax christi-Kommission Friedensbildung. „Gewalt schafft immer neue Gewalt. Und diese Gewalt beginnt in den Köpfen. Was wir brauchen ist eine präventive Friedenspolitik. Und die beginnt mit Friedensbildung auf allen Ebenen“, so Peter Heim...

Infos: [Friedensbildung stärken statt Gewaltdenken fördern!](#)

Mehr Mitmenschlichkeit gegenüber Schutzsuchenden! Versöhnungsbund: Kriegsdienstverweigerung muss ein Asylgrund sein

Die Mitgliederversammlung des deutschen Zweiges des Internationalen Versöhnungsbundes in Arendsee wendet sich mit einem dringenden Appell zu mehr Mitmenschlichkeit gegenüber Schutzsuchenden an die Bundesregierung. Dabei sind ihr aktuell folgende Aspekte besonders wichtig:

Sofortiger Abschiebestopp nach Afghanistan

Es gibt in Afghanistan keine sicheren Or-

te. Rückkehrer als angebliche „Verräter“ und „Ungläubige“ sind einer besonderen Gefährdung ausgesetzt, verfolgt und ermordet zu werden. „Rückkehrende Flüchtlinge haben dort oft nur eine Chance zu überleben, wenn sie sich dem IS oder den Taliban anschließen“, sagt Achim Schwabe, Mitglied der Kommission „Flucht und Asyl“ des Versöhnungsbundes. „Selbst Straftäter abzuschieben ist unter diesen Umständen nicht zu verantworten.“

Deutliche Erleichterung und Beschleunigung des Familiennachzugs

Die gegenwärtige Praxis bedeutet für Partner*innen, Eltern und Kinder jahrelange Trennung und ist eine grausame Verschlimmerung ihres eh schon schweren Schicksals. Während sie hier sehnsüchtig erwartet werden, ertrinken viele auf der Flucht, da ihnen ein legaler Weg verweigert wird: Die Fristen zur Beantragung des Familiennachzuges betragen meist mehr als 18 Monate. Gegenüber Griechenland hat die Bundesrepublik beispielsweise erklärt, dass maximal 70 Personen pro Monat zwecks Familiennachzug nach Deutschland überstellt werden dürfen. „Und die neuen Leitlinien des Auswärtigen Amtes vom 20. März verhindern praktisch völlig, dass minderjährige Kinder zusammen mit ihren Eltern zu ihren minderjährigen Geschwistern nach Deutschland einreisen dürfen“, kritisiert Achim Schwabe.

Anerkennung von Kriegsdienstverweigerung und Desertation als Asylgrund

Vor allem aufgrund des skandalösen Urteils des Verwaltungsgerichts Münster vom Mai 2017, in welchem einem syrischen Deserteur der volle Flüchtlingsschutz verwehrt wurde, erwarten wir eine Klarstellung der Bundesregierung, dass das Recht auf Kriegsdienstverweigerung ein universales Menschenrecht ist. „Der Schutz und die Aufnahme derjenigen, die sich nicht an Kriegshandlungen beteiligen wollen, wären ein sehr wirksamer Beitrag zum Frieden“, betont Mechthild Geue, Koordinatorin der Kommission „Flucht und Asyl“.

Bleiberecht für Roma und Sinti in Deutschland

Viele Menschen, die aus dem Südosten

Europas zu uns kommen, haben nie einen Ort gefunden, in dem sie in Würde und ohne Diskriminierung leben können. Anders als in vielen anderen europäischen Ländern geht die Anerkennungsquote für sie in Deutschland aber gegen null. Neben der angemessenen Berücksichtigung der persönlichen und gruppenspezifischen Fluchtgründe erwarten wir die Gewährung des Status als Kontingentflüchtlinge als längst fällige Konsequenz aus der deutschen Verantwortung für den Völkermord an Sinti und Roma während des Nationalsozialismus.

Infos:

<https://www.versoehnungsbund.de/2017-pi-flucht-asyl>

Die Bundeswehr zurückholen – den Kampf um Mossul einstellen Pressemitteilung des BSV

„Die Bundeswehr und die „Hölle von Mossul“. Zwischen Propaganda, Kontrollverlust und blindem Gehorsam“ ist der Titel eines neuen Hintergrundpapiers, das der BSV heute online gestellt hat. Geschrieben wurde es von der Journalistin Elvira Claßen und der MdB Kathrin Vogler. Anhand akribischer Auswertung öffentlich zugänglicher Quellen zeigen die beiden Autorinnen auf, dass die Bundeswehr viel intensiver in die Kämpfe gegen den IS verwickelt ist, als offiziell zugegeben wird. Ihre Aufklärungsfotos werden für Luftangriffe verwendet, bei denen zahlreiche Zivilistinnen und Zivilisten ums Leben gekommen sind. Die Ausbildungshilfe für die irakisch-kurdischen Peschmerga ist Unterstützung für Kämpfer auf dem Boden, denen zahlreiche Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden.

Der Bund für Soziale Verteidigung fordert deshalb den vollständigen Abzug der deutschen Truppen aus der Region. „Anstatt sie von Incirlik nach Jordanien zu verlegen, sollte der Deutsche Bundestag beschließen, die deutschen Einheiten sofort zurückzuholen“, so BSV-Co-Vorsitzender Stephan Brües, „und stattdessen eine diplomatische Initiative für einen Waffenstillstand in der Region ergreifen“.

Die Untaten des sog. Islamischen Staats können nicht genug verurteilt werden. Aber derzeit erleben wir eine Spirale der Gewalt, die durch den Krieg gegen den sog. IS weiter angefacht wird. Anschläge des sog. IS und seiner Sympathisanten häufen sich und, wie in London zu sehen, wird der Hass durch Gewalttaten offensichtlich islamophober Täter weiter angestachelt. Um das Leben Unschuldiger zu schützen, gibt es nur einen Weg: Einen Waffenstillstand in Syrien und Irak und die Suche nach einer Verhandlungslösung mit allen bewaffneten Gruppen, einschließlich des IS. „Ein Argument, das auch Menschen, die keine Pazifistinnen oder Pazifisten sind, überzeugen sollte: Angesichts der vermuteten 100.000 Menschen, die in Mossul festsitzen, ist der Preis eines militärischen Siegs schlicht zu hoch. Das humanitäre Völkerrecht gebietet den Schutz der Zivilbevölkerung, das kann in Mossul nicht gewährleistet werden. Wer etwas anderes behauptet, belügt sich selbst und andere“, so BSV-Geschäftsführerin Christine Schweitzer. Und selbst, wenn der IS scheinbar aus Mossul vertrieben wird – verschwunden wird er deshalb nicht sein. Der Terror wird weitergehen. Deshalb gilt es, einen Schlussstrich unter den sog. Kampf gegen den Terror zu ziehen und sich auf alternative gewaltfreie Instrumente der Konfliktbearbeitung zu besinnen.

Das Hintergrund- und Diskussionspapier kann unter <http://bit.ly/2skQv40> heruntergeladen werden.

Infos: www.soziale-verteidigung.de

Leitlinien der Bundesregierung zur Krisenprävention

Pressemitteilung und Stellungnahme des BSV

Kurz vor Ende der Legislaturperiode hat sich die Bundesregierung auf ein Papier "Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern. Leitlinien der Bundesregierung" geeinigt. In Ergänzung zum Weißbuch gehe es - so heißt es auf der Website des Auswärtigen Amtes - in dem Papier "um einen gleichwertigen, primär zivilen Pfeiler deutscher Friedens- und Sicherheitspolitik".

In einer ausführlichen Analyse hat der Bund für Soziale Verteidigung (BSV) das Papier gelesen und – verbunden mit Stellungnahmen anderer politischer Akteure – [kritisch kommentiert](#). Außerdem hat er dazu eine [Pressemitteilung](#) herausgegeben.

Plattform für zivile Konfliktbearbeitung, zfd, VENRO und Forum Menschenrechte geben diese Erklärung zu den Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ die von den vier Netzwerk-Organisationen, die in vielen Teilen den Leitlinienprozess gemeinsam begleitet haben, erstellt wurde.

Infos: [Stellungnahme der Netzwerke](#)

Zusammenstellung von Forderungskatalogen durch Plattform Zivile Konfliktbearbeitung

Die Bundestagswahlprogramme der Parteien sind nun fast alle zugänglich. Es dürfte sich lohnen, einen Blick in alle diese Dokumente zu werfen.

Die Plattform hat sehr früh einen [Forderungskatalog zur Bundestagswahl](#) veröffentlicht. Erschienen sind weitere umfangreiche Anforderungspapiere z.B. vom [Forum Menschenrechte](#)), der [Aktion Aufschrei](#) und von [VENRO](#).

Der BSV hat ein [Checkheft](#) zur Bundestagswahl aufgelegt und das Forum ZFD hat einen Aufruf [„Für eine Politik der Vernunft“](#) initiiert. Hierzu gibt's auch einen [Erklär-Kurzfilm](#) auf youtube

SERVICE

INFORMATIONEN UND BERICHTE

Karl Heinz Bittl in der Auswahlliste für den Internationalen Bremer Friedenspreis der Stiftung „die Schwelle“

Bittl, Gründungsmitglied des Fränkischen Bildungswerks für Friedensarbeit (FBF) wurde vom Kuratorium der Stiftung auf die Auswahlliste für den Friedenspreis 2017 in der Kategorie "Öffentliches Wirken" gestellt. Die Friedenspreisträger werden Ende Juli bekannt gegeben.

Infos: [Die Schwelle-Friedenspreis](#)

STELLENANGEBOTE

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie sucht 2 Referent/innen für die Kölner Geschäftsstelle

Beide Stellen sind (je 65%) als Referent/innen in der Kölner Geschäftsstelle zum 1. Oktober 2017 zu besetzen.

Infos: [Stellenausschreibung](#)

KURVE Wustrow sucht für das ZFD-Vorhaben

„Peace and conflict studies module and trainings“

eine Friedensfachkraft in Yangon, Myanmar

Infos: [KURVE Wustrow Stellenanzeige](#)

Impressum

Herausgeber: AGDF, Endenicher Str. 41, 53115 Bonn

Tel. 0228-24999-0, Fax 24999-20

agdf@friedensdienst.de

Internet: www.friedensdienst.de

Redaktion: Jan Gildemeister; Christiane Fretter, Anette Bickel

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 25.07.2017
Nachdruck und Verteilen erlaubt; Hinweise erbeten.
AGDF -aktuell ist ein interner Newsletter und stellt für unsere Mitglieder relevante Informationen zusammen. Diese geben nicht notwendiger Weise die Meinung der Redaktion wieder. Die Quelle ist, wenn nichts anderes angegeben, die angegebene Internetseite. Aktionen, Veranstaltungen und Aufrufe der AGDF sind als solche gekennzeichnet.